

Niederschrift

über die 17. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, öffentliche Sicherheit und Ordnung am Mittwoch, dem 12.03.2025 im großen Sitzungssaal des Kreishauses I, Friedrich-Ebert-Straße 7, 48653 Coesfeld

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 18:00 Uhr

Anwesenheit:

CDU-Kreistagsfraktion

Allendorf, Julian, Dr.
Bender, Gregor **(s.B.)**
Bolte, Rainer
Bontrup, Martin
Danielczyk, Ralf
Holtkamp, Stefan **(Vertretung für Werner Schulze Esking)**
Holz, Anton
Leufgen, Anke
Lütkecosmann, Josef **(Vertretung für Herrn Markus Klaus)**
Schulze Entrup, Antonius
Selhorst, Angelika
Wenning, Thomas, Dr. **(Vorsitzender)**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreistagsfraktion

Dropmann, Wolfgang
Möllenkamp, Rainer, Dr. **(s.B.)**
Schreiber, Tim
Spräner, Uta

SPD-Kreistagsfraktion

Knuhr, Willi **(s.B.)**
Mensmann, Ludger **(s.B.)**
Seiwert, Franz Dieter
Waldmann, Johannes **(Vertretung für Tanja Bukelis-Graudenz)**

FDP-Kreistagsfraktion

Loest, Sebastian **(s.B.)**

UWG-Kreistagsfraktion

Hageney, Thomas

FAMILIE-Kreistagsfraktion

Kullik, Angela

Verwaltung

Boehle, Jens
Bölte, Stefan
Claas, Daniel
Entrup, Mathis
Helmich, Ulrich
Hußmann, Elena
König, Tobias
Randhahn, Ana Karina
Steinhoff, Christoph
Wermelt, Kai
Witte, Pia **(Schriftführerin)**

Der Ausschussvorsitzende Dr. Thomas Wenning eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, öffentliche Sicherheit und Ordnung mit Grußworten an die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Zuhörer.

Sodann stellt der Ausschussvorsitzende fest, dass der Ausschuss

- a) ordnungsgemäß geladen und
- b) gem. § 34 KrO i. V. m. § 41 KrO beschlussfähig ist.

Es wird sodann nach folgender Tagesordnung beraten und beschlossen:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Aktueller Sachstand Förderprojekt NKS_COE
Vorlage: SV-10-1451
- 2 Vorberatung zur Fortschreibung der Strategischen Ziele des Kreises Coesfeld
Vorlage: SV-10-1443
- 3 Verordnung zum Schutz freilebender Katzen im Gebiet des Kreises Coesfeld (KatzenschutzVO)
Vorlage: SV-10-1445
- 4 Bericht der Zentralen Ausländerbehörde (ZAB)
Vorlage: SV-10-1413
- 5 Neuwahl eines Mitglieds des Beirats bei der unteren Naturschutzbehörde
Vorlage: SV-10-1361
- 6 Verwendung Ersatzgeld
Vorlage: SV-10-1412
- 7 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 8 Anfragen der Ausschussmitglieder

Nichtöffentlicher Teil

- 1 Sachstandsbericht Bevölkerungsschutz
Vorlage: SV-10-1450
- 2 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates
- 3 Anfragen der Ausschussmitglieder

TOP 1 öffentlicher Teil

SV-10-1451

Aktueller Sachstand Förderprojekt NKS_COE

Dezernent Helmich erläutert, dass die Verwaltung mit der Sitzungsvorlage die Politik über den aktuellen Sachstand des Projektes informieren wolle. Im Kreistag sei beschlossen worden, dass die Verwaltung regelmäßig über den Sachstand berichte.

Weiterhin erläutert er, dass bei der Kreisverwaltung am Montag, dem 10.03.2025, eine Beschwerde nach § 21 KrO des Landwirtschaftlichen Ortsverbandes Coesfeld eingegangen sei, die nach § 18 Abs. 4 der Hauptsatzung im Kreisausschuss beraten werde. Bis zur Sitzung des Kreisausschusses werde die Verwaltung sich auch inhaltlich mit der Beschwerde auseinandergesetzt haben.

Vorsitzender Dr. Wenning bittet die Ausschussmitglieder, der Verwaltung die Möglichkeit zu geben, eine dezidierte Stellungnahme abzugeben. Von einer Diskussion in diesem Ausschuss solle daher abgesehen werden.

Auf Nachfrage von Ktabg. Bontrup, ob seit der Bürgerversammlung etwas Nennenswertes passiert sei, teilt Dezernent Helmich mit, dass dem nicht so sei. Alles, was es zu berichten gebe, sei in der Sitzungsvorlage dargestellt.

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

TOP 2 öffentlicher Teil

SV-10-1443

Vorberatung zur Fortschreibung der Strategischen Ziele des Kreises Coesfeld

Vorsitzender Dr. Wenning teilt mit, dass die CDU-Fraktion die Entscheidung gerne in den Kreisausschuss schieben wolle. Es habe einige Anregungen aus der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen gegeben, über die die CDU-Fraktion noch nicht beraten habe.

MA Entrup erläutert, dass die strategischen Ziele des Kreises Coesfeld letztmalig 2018 beschlossen worden seien und nun fortgeschrieben werden sollten. Den Beschluss zur Fortschreibung der strategischen Ziele habe der Kreistag am 13.03.2024 gefasst. Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, öffentliche Sicherheit und Ordnung solle über drei strategische Ziele beraten, nämlich 1. Sicherheit und Ordnung, 2. Klimaschutz, Klimaanpassung und Energie und 3. Umwelt- und Ressourcenschutz. Die Fachabteilungen seien in zwei Runden an der Überarbeitung der strategischen Ziele beteiligt worden. Der Entwurf werde unter Federführung der Abt. 01 erläutert. Insbesondere sollten die Tochtergesellschaften des Kreises, wie die WBC und GFC, stärker in den strategischen Zielen berücksichtigt werden. Zudem sollten möglichst wenig Beispiele benannt werden. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Auf Nachfrage von MA Entrup teilen alle Fraktionen mit, mit der Beratung zu den drei genannten strategischen Zielen einverstanden zu sein.

Ktabg. Waldmann erläutert, dass die SPD-Kreistagsfraktion den gesamten Prozess begrüße. Die SPD-Fraktion stimme der Verschiebung der Entscheidung auf den Kreisausschuss zu. Ggf. werde die SPD-Fraktion im Kreisausschuss noch Anregungen geben.

S.B. Loest und Ktabg. Kullik teilen auf Nachfrage mit, keine Anregungen zu haben.

Die Anregungen der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und der CDU-Kreistagsfraktion werden anhand der vom Vorsitzenden Dr. Wenning erstellten Synopse diskutiert. Die Synopse ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

Ktabg. Schreiber erläutert den Vorschlag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen, den Spiegelstrich „Ausbau bürgerschaftlicher Präventionsmaßnahmen durch verstärkte Information, Sensibilisierung und Einbindung der Bevölkerung (z. B. Ehrenamtsnetzwerke, Schulungsprogramme zur Selbsthilfe in Krisensituationen, Einbindung in Sicherheitskonzepte)“ unter dem Ziel der Sicherheit und Ordnung aufzunehmen. Vorsitzender Dr. Wenning erläutert, dass die CDU-Fraktion zunächst einen Antrag mit der Aufnahme des Spiegelstrichs „Die Fähigkeit der Bevölkerung, Krisensituationen auch eigenverantwortlich zu bewältigen, wird durch kontinuierliche Sensibilisierung und Beratung gestärkt.“ gestellt habe. Er schlägt vor, den Spiegelstrich wie folgt zu formulieren: „Die Fähigkeit der Bevölkerung, Krisensituationen auch eigenverantwortlich zu bewältigen (z.B. durch Ehrenamtsnetzwerke, Eigenvorsorge, Einbindung in Sicherheitskonzepte usw.), wird durch kontinuierliche Sensibilisierung und Beratung gestärkt.“ Dezernent Helmich erwidert, dass in den strategischen Zielen möglichst wenig Klammerzusätze verwendet werden sollten, um eine gute Lesbarkeit der strategischen Ziele zu gewährleisten. Ktabg. Schreiber teilt mit, dass aus Sicht der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen der Klammerzusatz gestrichen werden könne.

Ktabg. Schreiber erläutert, dass die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen im Rahmen der Verkehrssicherheit einen besonderen Fokus auf den Fuß- und Radverkehr legen wolle, um die besondere Sensibilität dieser Gruppen hervorzuheben. Daher schläge sie vor, den Zusatz „mit besonderem Fokus auf den Fuß- und Radverkehr“ zu ergänzen. Die CDU-Fraktion sei, so Vorsitzender Dr. Wenning, gegen die Aufnahme dieses Zusatzes. S.B. Dr. Möllenkamp ergänzt, dass der Fokus in der Vergangenheit eher auf dem Autoverkehr gelegen habe. Um hier entgegenzuwirken und die Sensibilität auch auf den Fuß- und Radverkehr zu legen, habe die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen den Zusatz vorgeschlagen. Dezernent Helmich erläutert, dass die Kreisverwaltung für die Verkehrssicherheit aller Verkehrsteilnehmer verantwortlich sei. Hier sollte aus Sicht der Verwaltung keine Gruppe hervorgehoben werden, da es um die Erhöhung der Verkehrssicherheit im Ganzen gehe. Ktabg. Lütkecosmann schlägt vor, im Spielstrich hinter „Die Verkehrssicherheit“ den Zusatz „aller Verkehrsteilnehmer“ zu ergänzen. Ktabg. Schreiber teilt mit, dass die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen damit einverstanden sei.

Weiterhin schlägt die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen die Aufnahme eines Spiegelstriches „Ein effizientes Krisenmanagement für Tierseuchen wird gewährleistet.“ vor. Dezernent Helmich teilt mit, dass die Vorsorge und die Krisenbewältigung von Tierseuchen ureigene Aufgaben der Veterinärbehörde seien. Das Veterinäramt bereite sich stetig auf den Ausbruch der ASP vor. Genauso bereite sich die Veterinärbehörde auf andere Seuchen, wie BHV 1, Vogelgrippe u.a. vor. Dies sei eine Pflichtaufgabe der Verwaltung. Ktabg. Schreiber erläutert, dass das Krisenmanagement auch in anderen Verwaltungsbereichen als strategisches Ziel aufgenommen worden sei, obwohl es sich ebenfalls um eine Pflichtaufgabe der Verwaltung handele. Der Spiegelstrich könne jedoch gestrichen werden.

Zu dem Ziel „Klimaschutz, Klimaanpassung und Energie“ schlägt die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen einen Spiegelstrich „Entwicklung geeigneter Zwischenziele (z.B. Fünfjahresziele, um die beiden angestrebten Ziele für 2040 und 2035 transparenter, messbarer und kontrollierbarer zu machen.“ vor. Vorsitzender Dr. Wenning teilt mit, mit dem Vorschlag einverstanden zu sein, fragt jedoch an, ob man damit der Verwaltung nicht mehr Arbeit aufbürde. MA Entrup erläutert, dass das Klimaschutzkonzept regelmäßig weiter bearbeitet werde. Im Unterausschuss Klimaschutz werde entschieden, in welcher Form eine Berichterstattung gegenüber den übrigen politischen Gremien erfolge. Sofern die Verwaltung durch den Spiegelstrich zu häufigeren Berichterstattungen angehalten werden solle, sei dies derzeit weder personell noch finanziell für die Verwaltung zu stemmen. Auf Nachfrage von Ktabg. Schreiber, wie oft ein Update für die Treibhausgasbilanz stattfinde, teilt MA Entrup mit, dass derzeit

eine EEA-Zertifizierung stattfinden. Diese werde alle drei Jahre durchgeführt. Ktabg. Schreiber führt aus, dass ein Dreijahresrhythmus für die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen ausreichend sei. Der Spiegelstrich sei entsprechend so zu verstehen. MA Entrup teilt mit, eine auch für die Verwaltung annehmbare Formulierung für den Kreisausschuss aufzubereiten.

Im Weiteren schlägt die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen vor, den Spiegelstrich zur nachhaltigen Sanierung von kommunalen Gebäuden und Anlagen um den Satz „Dabei wird sich an den vorhandenen Landesvorgaben NRW beim nachhaltigen Bauen und Sanieren orientiert.“ zu ergänzen. Vorsitzender Dr. Wenning erwidert, dass er mit dem Zusatz einverstanden sei. MA Entrup teilt mit, dies mit der Abteilungsleitung 20 zu besprechen.

Die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen schlägt vor, einen Spiegelstrich „Entwicklung und Umsetzung von Unterstützungsmaßnahmen für landwirtschaftliche Betriebe, die auf klimaresiliente Bewirtschaftung, ökologische Landwirtschaft, Wiedervernässung von Moorstandorten oder Agroforstsystemen setzen.“ aufzunehmen. Vorsitzender Dr. Wenning teilt mit, dass die einseitige Unterstützung der ökologischen Landwirtschaft nicht durchsetzbar sei. Die Idee werde jedoch im Kapitel Wirtschaft und Arbeit seitens der CDU-Fraktion aufgenommen, die dort einen Spiegelstrich „Unterstützung landwirtschaftlicher Betriebe bei der Anpassung an klimatische und wirtschaftliche Herausforderungen, insbesondere durch Förderung nachhaltiger Anbaumethoden, Digitalisierung und regionaler Vermarktungsstrategien.“ vorgeschlagen habe. Ktabg. Waldmann teilt für die SPD-Kreistagsfraktion mit, dass diese eher beim Vorschlag der CDU wäre. Es solle keine Seite der Landwirtschaft bevorzugt werden. Ktabg. Schreiber erwidert, dass in der letzten Zeile des Spiegelstriches bewusst das Wort „oder“ genannt sei. Es handele sich um eine Aufzählung verschiedener Beispiele. Der Block sei jedoch nicht entscheidend. Ktabg. Bontrup führt aus, dass sowohl die konventionelle als auch die ökologische Landwirtschaft nur die Möglichkeit habe, sich an die climatechnischen Neuerungen anzupassen. Es wäre gut, wenn beide Arten der Landwirtschaft auf gleicher Augenhöhe betrachtet und benannt würden. Daher plädiere er für den Vorschlag der CDU. Ktabg. Holz ergänzt, dass die Landwirtschaft sehr kleinteilig geworden sei, und betont, dass auch die konventionelle Landwirtschaft wichtig sei. Ktabg. Schreiber führt aus, dass es der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen nicht um eine Gegenüberstellung von ökologischer und konventioneller Landwirtschaft gegangen sei, sondern um eine Aufzählung, die es auch in dem CDU-Vorschlag gebe. Hier sei die Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen missverstanden worden. Ihr sei es wichtig, den Punkt in die strategischen Ziele aufzunehmen. Der Vorschlag der CDU-Fraktion sei für die Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen auch tragbar. Vorsitzender Dr. Wenning teilt mit, dass der Vorschlag der CDU-Fraktion dann Konsens sei.

Vorsitzender Dr. Wenning erläutert, dass er den Vorschlag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen zum Ausbau der Ladeinfrastruktur den Zusatz „einschließlich der Schnellladeinfrastruktur“ für überflüssig halte. MA Bölte führt aus, dass die Ladeinfrastruktur insgesamt ausgebaut werden solle. Sowohl der Ausbau der regulären Ladeinfrastruktur als auch der Schnellladeinfrastruktur sei wichtig. Hier solle man nicht priorisieren. Beides sei notwendig.

MA Bölte merkt an, dass der Zusatz „Geothermie“, den die CDU-Fraktion im Spiegelstrich zur Förderung durch die GFC benenne, aus Sicht der GFC nicht umsetzbar sei. Die GFC könne die Geothermie wirtschaftlich nicht umsetzen, weshalb diese auch nicht als GFC-Strategie benannt werden sollte. Vorsitzender Dr. Wenning schlägt vor, die Geothermie in die Aufzählung aufzunehmen, dafür dann den Passus „durch die kreiseigene Gesellschaft zur Förderung regenerativer Energien (GFC)“ zu streichen. Ktabg. Schreiber hält es für schwierig, die Geothermie aufzunehmen in den Spiegelstrich, wenn dafür die GFC herausgestrichen werden müsse. Ktabg. Dr. Allendorf teilt mit, die Nennung der Geothermie als wichtig anzusehen. Geothermie sei auch im Umkreis des Kreises Coesfeld wichtig, so z.B. in Münster. Erste Ansätze seien im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, öffentliche Sicherheit und Ordnung durch den geologischen Dienst auch bereits vorgestellt werden. Es gehe dabei um einen mehrjährigen Zeitraum. Hier sei es gut, wenn die Geothermie dann auch in den strategischen Zielen des Kreises

genannt sei. Vorsitzender Dr. Wenning schlägt vor, die GFC als Verantwortungsträgerin im Spiegelstrich weiterhin zu nennen, aber eine Formulierung zu finden, in der die Geothermie dennoch ohne Bezug zur GFC benannt werden könne. MA Entrup sagt zu, bis zum Kreisausschuss einen Formulierungsvorschlag zu unterbreiten.

Ktabg. Waldmann führt aus, dass neben der Geothermie auch die Wärmegewinnung aus Trinkwasser aufgenommen werden sollte. Hier seien die Stadtwerke Borken und Münster bereits unterwegs. Im Dezember habe die SPD-Fraktion auch den Gesundheitsminister dazu angeschrieben. Ktabg. Holz bittet um Erläuterung, wie Wärme aus Trinkwasser gewonnen werden solle. Ktabg. Waldmann erläutert, dass zunächst einmal keine Gefahr für das Trinkwasser bestehe. Grundsätzlich bestünde hier Potential, um z.B. Schwimmbäder damit zu heizen. Wie die Wärmegewinnung aus Trinkwasser im Einzelnen funktioniere, könne er an dieser Stelle nicht erläutern. Vorsitzender Dr. Wenning sieht den Bezug zu Trinkwasser kritisch. Ktabg. Schreiber erläutert, dass die Wärmegewinnung nicht nur aufs Trinkwasser bezogen werden dürfe, sondern es allgemein um Wärmepumpen gehe. Eine Wärmegewinnung könne auch durch Abwasser erfolgen. Hier gebe es viele Untersuchungen. Die Thematik könne also benannt werden, ohne einzelne Wärmequellen zu nennen. Ktabg. Lütkecosmann teilt mit, dass aus seiner Sicht als Techniker das Abwasser besser geeignet sei als Trinkwasser. Aus seiner Sicht sei eine separate Nennung daher nicht sinnvoll. Ktabg. Waldmann teilt mit, dass die Stadtwerke diese Dinge untersucht hätten und eben zu dem Schluss gekommen seien, dass sich auch das Trinkwasser eigne. Dezernent Helmich erläutert, dass MA Entrup sich bis zum Kreisausschuss Gedanken zu einem Formulierungsvorschlag machen werde, wie die Wärmequellen in die strategischen Ziele eingearbeitet werden könnten.

Vorsitzender Dr. Wenning teilt zum Vorschlag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen, einen Spiegelstrich „Die Klimaauswirkungen aller Verwaltungsvorlagen werden ausgewiesen und sind als maßgeblicher Entscheidungsfaktor zu berücksichtigen“ aufzunehmen, mit, dass die Klimaauswirkungen bereits in den Sitzungsvorlagen benannt und berücksichtigt würden. Ktabg. Schreiber führt aus, dass dies auf Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen eingeführt worden sei. Dennoch hielte es die Kreistagsfraktion für sinnvoll, dies auch als strategisches Ziel zu benennen. Wenn dies nicht mehrheitsfähig sei, werde die Kreistagsfraktion das entsprechend zur Kenntnis nehmen.

Zu dem Ziel „Umwelt- und Ressourcenschutz“ schlägt die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen vor, einen Punkt „Verankerung der Biodiversitätsstrategie, die explizite Ziele für den Erhalt und die Wiederherstellung von Lebensräumen, Biotopverbundsystemen und Naturschutzflächen festlegt“ als strategisches Ziel aufzunehmen. S.B. Dr. Möllenkamp betont die Wichtigkeit der Biodiversität. Hierfür solle auch in der Verwaltung Bewusstsein geschaffen werden. Vorsitzender Dr. Wenning führt aus, dass auch aus Sicht der CDU-Fraktion die Biodiversität für wichtig gehalten werde. Nach Rücksprache mit der Verwaltung könne die vorliegende Formulierung jedoch missverstanden werden. Eine Konzepterstellung durch die Verwaltung sei kaum leistbar. MA Steinhoff ergänzt, dass er auch mit dem Leiter des Naturschutzzentrums Rücksprache gehalten habe. Viele Maßnahmen würden bereits umgesetzt, die bei einer Biodiversitätsstrategie lediglich auf ein Papier gelistet würden. Neue Maßnahmen als solche kämen jedoch nicht hinzu. Kreiseigene Flächen, auf denen zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden könnten, gebe es nicht. Alles andere mache die Verwaltung auch derzeit schon. Man könne das Ziel aufnehmen, dürfe aber nichts Zusätzliches durch die Verwaltung erwarten.

Ktabg. Schreiber teilt mit, dass es nicht darum gehe, unnötig Papier zu fertigen, sondern darum das strategische Ziel der Biodiversität aufzunehmen. Das Wort „Strategie“ könne aus der Formulierung gestrichen und durch eine Formulierung wie z.B. „Maßnahmen zur weiteren Förderung der Biodiversität“ ersetzt werden.

Vorsitzender Dr. Wenning erläutert, dass der von der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen beantragte Spiegelstrich „Die Entwicklung und Umsetzung von Strategien zum Monitoring und zur Reduzie-

„rung der Bodenversiegelung und Bodenerosion“ bereits im darauf folgenden Spiegelstrich enthalten sei. Ktabg. Schreiber führt aus, dass der Spiegelstrich ähnliche Aspekte enthalte, das Thema der Bodenversiegelung jedoch nochmal separat betrachtet werden sollte. Es sei nicht vollständig im darauf folgenden Spiegelstrich aufgeführt. Die Bodenversiegelung könnte in dem unteren Spiegelstrich mit aufgenommen werden. Ktabg. Dr. Allendorf teilt mit, dass ein gänzlicher Versiegelungsstopp nicht erreicht werden könne, eine Verankerung in den Zielen im darunter aufgeführten Spiegelstrich jedoch möglich sei. Vorsitzender Dr. Wenning fasst zusammen, dass die Reduzierung der Bodenversiegelung in den unteren Punkt aufgenommen werden solle. Weiterhin fragt er an, warum im Spiegelstrich darunter erneut der Zusatz „zum Monitoring und“ aufgenommen worden sei. Beim Monitoring handele es sich um eine Strategie, die nicht separat genannt werden müsse. Ktabg. Schreiber erwidert, dass das Entwickeln und Umsetzen von Strategien das eine wäre, es beim Monitoring jedoch um das Nachhalten gehe. Wenn die Bodenversiegelung in diesem Punkt aufgenommen werden solle, dann sollte auch das Monitoring aufgenommen werden, da dies insbesondere im Bereich der Bodenversiegelung sinnvoll sei. Auf Nachfrage von Vorsitzendem Dr. Wenning teilen alle ihr Einverständnis mit.

Vorsitzender Dr. Wenning führt aus, dass der weitere von der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen eingebrachte Punkt „Die Entwicklung und Umsetzung von geeigneten Flächen zur Förderung des natürlichen Klimaschutzes“ aufgenommen werden könne.

Als letzten Punkt benennt die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen die Aufnahme des Spiegelstriches „Die Entwicklung und Umsetzung eines dauerhaften Qualitätsmanagements der kreiseigenen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen.“. Vorsitzender Dr. Wenning führt aus, dass es bei der WBC ein ausgezeichnetes Qualitätsmanagement gebe. MA Bölte ergänzt, dass die Verwaltung vor dem Hintergrund des Bürokratieabbaus und des Personalmangels dankbar für jede Aufgabe sei, die nicht gemacht werden müsse. Insbesondere Berichtspflichten kosteten die Verwaltung viel Zeit. Daher würde die WBC gerne auf die Aufnahme dieses Punktes in die strategischen Ziele verzichten. Ktabg. Schreiber teilt mit, dass die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen diesen Punkt zurückziehe.

Vorsitzender Dr. Wenning bedankt sich für den Austausch und fasst zusammen, dass die meisten Punkte im Konsens beraten worden seien. Die CDU-Fraktion werde über die in diesem Ausschuss beratenden Punkte heute Abend fraktionsintern sprechen. Er erkundigt sich, ob alle mit der Verschiebung der Entscheidung in den Kreisausschuss einverstanden seien. Die übrigen Kreistagsfraktionen teilen ihr Einverständnis mit der Verschiebung der Entscheidung in den Kreisausschuss mit.

MA Entrup bittet die Fraktionen darum, Stellungnahmen, die noch im Kreisausschuss beraten werden sollen, spätestens am Montagmorgen bei der Verwaltung einzureichen, damit diese noch bis zum Kreisausschuss in die Vorlage eingearbeitet werden können. Vorsitzender Dr. Wenning teilt mit, dass auch für die Politik der Zeitplan sehr straff gewesen sei. Er bittet dennoch die Fraktionen darum, weitere Stellungnahmen zu den strategischen Zielen möglichst zeitnah einzureichen.

Die Entscheidung über den Beschlussvorschlag wird in den Kreisausschuss verschoben.

TOP 3 öffentlicher Teil

SV-10-1445

Verordnung zum Schutz freilebender Katzen im Gebiet des Kreises Coesfeld (KatzenschutzVO)

Dezernent Helmich verweist auf die Sitzungsvorlage und teilt mit, dass in der letzten Sitzung des Jagdbeirats mitgeteilt worden sei, dass die Katzenschutzverordnung in die richtige Richtung gehe und fort-

gesetzt werden solle. So langsam seien erste Erfolge zu sehen.

Ktabg. Waldmann erläutert, dass die SPD-Kreistagsfraktion dies ebenso sehe und die Maßnahmen daher auch weiterhin durchgeführt werden sollten.

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

TOP 4 öffentlicher Teil

SV-10-1413

Bericht der Zentralen Ausländerbehörde (ZAB)

MA Hußmann erläutert, dass im vergangenen Jahr insbesondere das Attentat von Solingen im Fokus gestanden habe und dadurch auch eine Stärkung der ZABen in den Vordergrund gerückt sei. U.a. seien die öffentlichen Dienststellen nochmal sensibilisiert worden. Im Weiteren berichtet MA Hußmann über den Aufgabenumfang der ZAB und erläutert die Zahlen für das Jahr 2024 u.a. zu Asylanträgen, Rückführungen und Hafthausbetreuungsfällen und gibt einen Ausblick auf das Jahr 2025. Insbesondere sei die Zahl der freiwilligen Ausreisen im Jahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Auch die Zahl der Fallkonferenzfälle sei gestiegen. Dabei handele es sich um Fälle von besonderer Sensibilität, denen z.B. weitere Erkenntnisse durch die Polizei zugrunde lägen.

Das Land arbeite derzeit intensiv an einer Stärkung der ZABen, um die kommunalen Ausländerbehörden zu entlasten. Dabei sollen Zuständigkeiten von den kommunalen Ausländerbehörden auf die ZABen übertragen werden. Dies habe Auswirkungen auf Personal und Sachmittel.

Weiterhin plane das Land einen Ausbau der Unterbringungsplätze. Zurzeit stünden im Regierungsbezirk ca. 4.100 Plätze zur Verfügung. Weitere ZUEen seien in Lüdinghausen, Dülmen, Rheine, Haltern und Gladbeck geplant. Die Zielgröße für den Regierungsbezirk Münster liege bei 6.200 Plätzen. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.

Auf Nachfrage von Ktabg. Lütkecosmann teilt MA Hußmann mit, dass die Dauer der Haft davon abhängen, ob es sich um ein sogenanntes Dublin-Verfahren oder um ein nationales Verfahren handle. In Dublin-Verfahren sei eine Inhaftierung für bis zu sechs Monate möglich, in nationalen Verfahren für 3 Monate. Meist würden Ausreisepflichtige, die der Dublin-Verordnung unterlägen, für max. 4 Wochen inhaftiert, nationale Fälle auch mal länger. Insgesamt schätze sie, dass ca. 95 % der Fälle, in denen zuvor eine Inhaftierung stattgefunden habe, auch tatsächlich rückgeführt würden. Manche Maßnahmen scheiterten jedoch z.B. wegen Widerstandes der Ausreisepflichtigen am Flughafen.

Ktabg. Leufgen erkundigt sich, ob die Zunahme der freiwilligen Ausreisen auf das Fachkräfteeinwanderungsgesetz zurückgeführt werden könnte. MA Hußmann teilt mit, dass sie dies nicht konkret sagen könne. Aufgrund des Machtwechsels in Syrien gebe es jedoch Syrer, die freiwillig in ihr Land zurückkehren wollten. Hier müssten derzeit auch Förderprogramme zur freiwilligen Ausreise neu ausgerichtet werden. Gleichzeitig reisten nach wie vor Syrer in die BRD ein, so MA Hußmann auf Nachfrage von Ktabg. Leufgen.

Ktabg. Waldmann teilt mit, dass die Zahlen entgegen der öffentlichen Wahrnehmung eine positive Entwicklung zeigten. Die Zahlen geben dem Kreis recht, dass dieser sich für die Ansiedlung der ZAB im Kreis Coesfeld ausgesprochen habe, und spricht Lob und Dank gegenüber den Mitarbeitenden der ZAB für die gute Arbeit aus.

Auf Nachfrage von Ktabg. Bontrup zu den Hauptursachen für das Scheitern von Rückführungen erläutert MA Hußmann, dass die Personen, die rückgeführt werden sollen, oftmals nicht in den Unterbrin-

gungseinrichtungen anzutreffen seien. Die Personen könnten dort frei kommen und gehen. Auch hielten sich viele nicht an die Wohnsitzverpflichtung. Weiterhin verbreiteten sich innerhalb der Einrichtungen Strategien, wie Rückführungen verhindert werden könnten, wie z.B. das Leisten von Widerstand am Flughafen oder das Schlucken von Gegenständen. Derzeit gebe es zudem viele Piloten, die ausreisepflichtige Personen nicht mitnehmen würden, wenn diese die Frage, ob sie fliegen wollen, verneinten. Es gebe aber auch positive Beispiele. So habe es einen Sammelcharter nach Albanien gegeben, in dem von 10 geplanten Maßnahmen der ZAB Coesfeld 9 dem Sammelcharter zugeführt werden konnten.

Ktabg. Dr. Allendorf bedankt sich für die gute Arbeit der ZAB und erkundigt sich, ob die Zahlen in den anderen ZABen ähnlich seien. MA Hußmann erörtert, dass die Rückführungsquote in der ZAB Coesfeld besonders hoch sei. Ein Grund könne darin liegen, dass die anderen ZABen in NRW Erstaufnahmeeinrichtungen zu betreuen hätten und Botschaftsvorführungen durchführen müssten, was Personal binde. Die ZAB Coesfeld verfüge in ihrem Zuständigkeitsbereich derzeit weder über eine Erstaufnahmeeinrichtung noch müssten Botschaftsvorführungen vorgenommen werden. Dadurch bestünde mehr Kapazität für Rückführungsmaßnahmen.

Auf Nachfrage von Ktabg. Dr. Allendorf zur Einschätzung der Zahlen teilt MA Hußmann mit, dass die ZAB derzeit davon ausgehe, dass die Zahlen sich auf dem jetzigen Niveau einpendelten, wobei Prognosen aufgrund der weltpolitischen Lage schwierig seien.

Vorsitzender Dr. Wenning bedankt sich für die Ausführungen bei MA Hußmann. Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

TOP 5 öffentlicher Teil

SV-10-1361

Neuwahl eines Mitglieds des Beirats bei der unteren Naturschutzbehörde

Vorsitzender Dr. Wenning führt aus, dass im vergangenen Jahr das Beiratsmitglied Jung verstorben sei und nun zwei Personen für die Nachfolge vom Verband vorgeschlagen worden seien. Der Verband favorisiere Herrn Rövekamp als neues Mitglied.

Vorsitzender Dr. Wenning lässt sodann über die Neuwahl eines Mitglieds abstimmen. Der Ausschuss empfiehlt, Herrn Rövekamp als neues Beiratsmitglied.

Da Herr Rövekamp bisher stellvertretendes Beiratsmitglied gewesen sei, müsse auch ein neues stellvertretendes Mitglied in den Beirat gewählt werden. Der Verband schlage Frau Kluthe vor. Auf Nachfrage des Vorsitzenden Dr. Wenning folgt der Ausschuss diesem Vorschlag.

Beschlussempfehlung des Ausschusses:

Der Kreistag wählt aus den Vorschlägen der Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt Nordrhein-Westfalen e.V. Herrn Thomas Rövekamp zum Mitglied des Beirats bei der unteren Naturschutzbehörde des Kreises Coesfeld und Frau Reinhild Kluthe zum stellvertretenden Mitglied des Beirats bei der unteren Naturschutzbehörde des Kreises Coesfeld.

Abstimmungsergebnis: einstimmig (23 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

TOP 6 öffentlicher Teil

SV-10-1412

Verwendung Ersatzgeld

Dezernent Helmich erläutert, dass es sich bei der geplanten Ersatzgeldverwendung um eine Absichtserklärung handele. Es werde versucht, dass die Gelder, die der Kreis einnehme, auch für Maßnahmen im Kreis eingesetzt würden und nicht mangels Verwendung an die höhere Naturschutzbehörde weitergeleitet werden müssten. Bislang habe dies immer funktioniert.

Ktabg. Bontrup teilt mit, dass ein Großteil der Ersatzgelder aus dem Bau von Windenergieanlagen stamme. Der Immissionsschutz der Kreisverwaltung habe erhebliche Arbeit geleistet. Er bitte darum, der Verwaltung einen Dank auszurichten für die gute und viele Arbeit, die dort geleistet werde.

TOP 7 öffentlicher Teil**Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden bzw. des Landrates**Anfrage der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen zur Vorbereitung von Rettungskräften im Auto-Brandfall auf den Austritt von fluorierenden Kältemitteln

Dezernent Helmich teilt mit, dass die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen bereits für die vergangene Sitzung des Fachausschusses eine Anfrage zur Vorbereitung der Rettungskräfte im Kreis Coesfeld im Auto-Brandfall auf den Austritt von fluorierenden Kältemitteln aus Autoklimaanlagen gestellt habe. In der vergangenen Ausschusssitzung sei dies untergegangen. Die schriftliche Antwort sei bereits an den Fraktionsvorsitzenden gesandt worden. Die Antwort solle dennoch auch im zuständigen Fachausschuss vorgetragen werden.

Der Kreisbrandmeister habe versichert, dass sämtliche Feuerwehren im Kreis Coesfeld sich in Übungen auf den Austritt von fluorierenden Kältemitteln aus Autoklimaanlagen vorbereiteten. Für die Feuerwehren sei dies ein normaler PKW-Brand, der standardmäßig abgearbeitet werde. Auf Grund des vielen brennenden Kunststoffes und evtl. austretender Stoffe werde grundsätzlich bei einem PKW-Brand Einsatzkleidung gegen thermische Gefahren sowie schwerer umluftunabhängiger Atemschutz getragen. Die Feuerwehren seien auch auf den Brand von PV-Anlagen und Elektrofahrzeugen vorbereitet.

Die Anfrage der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen ist der Niederschrift als Anlage 4 beigelegt.

Anfrage von Ktabg. Spräner zu Defibrillatoren

Dezernent Helmich teilt mit, dass Ktabg. Spräner sich in der vergangenen Fachausschusssitzung nach der Ausstattung der Kreisliegenschaften mit Defibrillatoren erkundigt habe. Er habe daraufhin bei der Liegenschaftsabteilung des Kreises angefragt. Dort sei mitgeteilt worden, dass sämtliche Verwaltungs- und Schulgebäude sowie die Kulturzentren und der Bauhof mit Defibrillatoren ausgestattet seien. Es gebe eine Schule, die der Kreis erst im letzten Jahr erworben habe, weshalb diese Schule in diesem Jahr mit einem Defibrillator ausgestattet werde.

Antrag nach § 21 KrO auf Erlass einer Satzung zu einem nächtlichen Fahrverbot von Mährobotern

Dezernent Helmich teilt mit, dass die Tierschutzvereine einen Antrag auf Erlass einer Satzung über ein nächtliches Fahrverbot für Mähroboter zum Schutz von Igeln und anderen Kleintieren gestellt hätten.

Dieser werde nach der Geschäftsordnung im Kreisausschuss beraten.

Streik der Verdi – Betroffenheit der Müllabfuhr

MA Bölte teilt mit, dass die Fa. Remondis in den kommenden Tagen von dem Streik der Verdi betroffen sei, sodass bis einschließlich Freitag keine Abfuhr der Mülltonnen im Kreis Coesfeld stattfinden werde. Ausgenommen hiervon seien die Kommunen Nordkirchen, Ascheberg, Lüdinghausen und Olfen, da in diesen Kommunen die Mülltonnen von einem anderen, nicht bestreikten Unternehmen geleert würden. Die WBC werde über eine Pressemitteilung über den Streik informieren.

TOP 8 öffentlicher Teil

Anfragen der Ausschussmitglieder

keine

Ende des öffentlichen Teils: 18:47 Uhr

Dr. Wenning
Vorsitzender

Witte
Schriftführerin